

# Sozialdemokrat

Zeitung der SPD Hessen-Süd

**DER KOMMENTAR**

## MODERNE PIRATEN

Wirksame Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung - Millionen ehrlicher Steuerzahler haben das verdient



**Gernot Grumbach**  
Vorsitzender des Bezirks  
Hessen-Süd

Früher haben Piraten ihre Schätze auf einsamen Inseln versteckt. Heute sind es Steuerhinterzieher. Die moralische Qualität ist die gleiche. Nach den niedrigsten Schätzungen wird vermutet, dass allein dem deutschen Staat im Jahr Steuereinnahmen von über 20-40 Milliarden Euro entgehen. Anders gesagt, jeder deutsche Steuerzahler zahlt jedes Jahr 500 bis 1.000 Euro mehr Steuern als er muss, um die notwendigen Staatsausgaben wie Schulen, Polizei usw. zu finanzieren.

Jetzt hat ein Netzwerk von Journalisten einen Teil dieser Steuerpiraten enttarnt. Gut so. Aber bitte endlich mit Konsequenzen, sonst geht der Glaube an Gerechtigkeit verloren. Am besten werden gleich die legalen Schlupflöcher mitgeschlossen, die es Unternehmen erlauben, ihre Gewinne der Versteuerung weitgehend zu entziehen.

Also: Vollständige Transparenz durch automatischen Informationsaustausch, schwarze Listen für die Regionen, die nicht mitmachen, hohe Strafen für die Helfershelfer in Banken und anderen Finanzinstituten bis hin zu Berufsverboten und Verlust der Banklizenz. Keine Besteuerungsabkommen, wie mit der Schweiz, die Steuerhinterziehung begünstigen. Wenn es sein muss, eine hohe Besteuerung von Geldflüssen in die Steueroasen. Der demokratische Staat ist nicht machtlos und die Millionen ehrlicher Steuerzahler haben es verdient, dass er diese Möglichkeiten auch nutzt. ■



Selbstständig weiter in der eigenen Wohnung leben. Das Ziel vieler älterer Menschen.

## WOHNEN IM ALTER

Barrierefreies Bauen wird wichtiger - Arbeitsgemeinschaft 60plus für Änderung der Bauordnung

**W**ir leben in einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft. Ältere Menschen sollen leben können, wie und wo sie wollen - in Selbstbestimmung und größtmöglicher Selbstständigkeit. Viele wollen natürlich in ihrer eigenen Wohnung bleiben, doch dafür muss diese an ihre veränderten Bedürfnisse angepasst sein. Barrierefreies Wohnen gewinnt an Bedeutung und beschäftigt Politik und Verwaltung auf allen Ebenen. Das Ziel: Schon beim Bau darauf achten, dass eine Wohnung später seniorengerecht umgebaut werden kann. Die Arbeitsgemeinschaft 60Plus im Bezirk Hessen-Süd hat dazu im Herbst 2012 einen Antrag zur Änderung der Hessischen Bauordnung verabschiedet.

Im Wohnungsbau müssen die Wohnungen über einen besseren Standard verfügen, so die Forderung. Das meint eine umfassende Barrierefreiheit und ausreichende Bewegungsflächen, macht die AG 60plus deutlich. Nur dann könne auch bei Krankheit, Pflegebedürfnis

igkeit sowie Unterstützungsbedarf die Autonomie und die Selbstbestimmung gewahrt werden. Bislang erfüllte der entsprechende Paragraph der Hessischen Bauordnung diese Anforderungen nicht ausreichend. Man dürfe nicht darauf vertrauen, dass die Bauwirtschaft von sich aus die Initiative ergreife und im Hinblick auf den demografischen Wandel entsprechende zukunftsfeste Wohnungen erstelle. „Bei Neubauten und Kernsanierungen werden manchmal nicht einmal im Erdgeschoss barrierefreie Wohnungen gebaut, die vorher zugesagt wurden, berichteten Fachleute auf einem Kongress.

Die Mindestanforderungen für das barrierefreie Bauen sollten verpflichtend angewendet werden. Und bezogen auf den bisherigen Stand von barrierefreien Wohneinheiten müsse das Angebot um das vier- bis fünffache ausgeweitet werden, erklärte die AG 60plus. Weitere Maßnahmen sind gezielte Wohnberatung und entsprechenden Förderprogramme. ■ PM, OS

## WIR GRATULIEREN

**Hans Benner**, der in seinem Amt als Bürgermeister von Herborn bestätigt wurde.



### Termine

IX. Bezirkskonferenz der der Arbeitsgemeinschaft 60plus mit Wahl des Bezirksvorstandes  
**Samstag, 27. April, 10 Uhr**  
 Stadthalle Hofheim  
 Chinonplatz 2,  
 65719 Hofheim/Ts.

### Akademie für Kommunalpolitik Hessen e. V. (AFK)

18.5. Networking für Frauen in der Kommunalpolitik (Gießen)

Weitere Infos und Anmeldung unter Telefon 06 11/ 3 60 11 76, E-Mail: info@afk-akademie.de oder Internet  
 www.afk-akademie.de

### IMPRESSUM

#### Sozialdemokrat

Informationsorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – Bezirk Hessen-Süd

**Herausgeber:**  
 Gernot Grumbach,  
 Frankfurt/Main

**Redaktion:**  
 Oliver Schopp-Steinborn (OS),  
 Isabel Neumann (IN),  
 Gernot Grumbach (GG)

**Redaktionsanschrift:**  
 Rheinstraße 22  
 65185 Wiesbaden  
 Tel. 0611/999 77-23  
 Fax 0611/999 77-21

**Fotos (soweit nicht anders angegeben):**  
 privat, Archiv



„Das Kifög ist ein schlechtes Gesetz“, sind sich Experten und die Fachwelt einig. Das von der Landesregierung vorgelegte Kinderförderungsgesetz (Kifög) verschlechtert die Qualität frühkindlicher Bildung.

## WIR SIND BEREIT

Bundes- und Landtagswahl: „Wir wollen Verantwortung übernehmen“ - Interview mit Gernot Grumbach

**Sozialdemokrat:** Im Mai ist Bezirksparteitag, wir stehen vor einer Bundes- und Landtagswahl. Welches Signal soll vom Parteitag ausgehen?

**Gernot Grumbach:** Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. In Hessen und im Bund. Und dazu haben wir die überzeugenden Inhalte. Im Regierungsprogramm für den Bund stehen viele unserer südhessischen Ideen und Konzepte für mehr Gerechtigkeit, zum Beispiel im Steuersystem. Mehr als früher.

**Sozialdemokrat:** Das Regierungsprogramm für Hessen hast du stark mitgeprägt. Was will die HessenSPD?

**Gernot Grumbach:** Bildung, Arbeit und Gerechtigkeit stehen klar im Mittelpunkt, eingebettet in demokratische und ökologische Perspektiven. Konkret wollen wir die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen spürbar verbessern. Und wir haben einen hessenweiten Dialog geführt und uns viel Zeit zum Zuhören genommen.

**Sozialdemokrat:** Was macht die schwarz-gelbe Landesregierung falsch?

**Gernot Grumbach:** Überfüllte Hörsäle, die verkorkte Einführung von G8, Murks beim Kinderbetreuungsgesetz, eine Arbeitsmarktpolitik, die kaum wahrnehmbar ist. Dazu Skandale und Untersuchungsausschüsse. Die Landesregierung hat keinen Plan, wie es in Hessen weitergehen soll.

**Sozialdemokrat:** Ist der gemeinsame Wahltermin am 22. September eine Chance oder ein Risiko?

**Gernot Grumbach:** Eine echte Chance. Wir können alle unsere Kräfte in einem Wahlkampf bündeln. Die steuerpolitischen Konzepte der Bundesebene bieten uns außerdem die große Chance, dringend notwendige landespolitische Vorhaben zu finanzieren.

**Sozialdemokrat:** Du hast als Unterbezirksvorsitzender in Frankfurt nicht mehr kandidiert. Was werden deine Schwerpunkte in den nächsten Monaten sein?

**Gernot Grumbach:** Wahlkämpfen. Möglichst viele Menschen von unseren Programmen und unseren Kandidatinnen und Kandidaten überzeugen. ■ OS

## WIR FAHREN NACH BERLIN

Das „Deutschlandfest“ ist die zentrale Feier zum 150-jährigen Jubiläum der SPD und findet am 17./18. August in Berlin vor dem Brandenburger Tor statt.

Auf dem Programm stehen Politik, Kultur und Unterhaltung – ein Volksfest mit Bühnen, Spiel und Sport. Und viel Musik natürlich, zum Beispiel Samy Deluxe, Klaus Hoffmann, Dick Brave & The Backbeats, Die Prinzen, Luxuslärm,

Glasperlenspiel, Andreas Bourani, Stefanie Heinzmann, Julia Neigel und Roland Kaiser.

Aus dem Bezirk Hessen-Süd fahren rund 700 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nach Berlin. Reisebusse werden von den jeweiligen Unterbezirken organisiert. Wenn du mitfahren willst, wende dich an deine Unterbezirksgeschäftsstelle oder Tel. 0 69/29 98 88-0.

## KOMMUNEN LEHNEN KIFÖG AB

Die Landtagsfraktion hat gemeinsam mit Vertretern der Kommunen die gemeinsame ablehnende Position zum Kinderbetreuungsgesetz (Kifög) verdeutlicht. „Das Kifög wird seiner selbst gesetzten Zielsetzung nicht gerecht“, erklärte Michael Reuter, Bürgermeister von Lohfelden. Er könne als gelernter Erzieher und ehemaliger Abteilungsleiter, zuständig für den Bereich Kindertagesstätten, gut beurteilen, dass dieser Entwurf nicht dazu beitragen werde, frühe Bildung in der heute notwendigen Qualität zu fördern.

„Der Entwurf des Kifög ist in seiner Struktur so angelegt, dass die Qualität von Kinderbetreuung den Kommunen als freiwillige Leistung überantwortet wird“, so Gisela Stang, Bürgermeisterin von Hofheim. Damit drohe eine Kinderbetreuung nach Kassenlage. Reiche Kommunen könnten sich mehr leisten als solche, die unter Schutzschirmbedingungen gestalten müssten.

Gerhard Merz forderte die schwarz-gelbe Regierungsfractionen erneut dazu auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. „Das Kifög ist ein schlechtes Gesetz, die Ablehnung kommt von allen Seiten. Träger, Fachwelt, Eltern. Wir werden das Kifög nach gewonnener Wahl aufheben und mit allen Verantwortlichen gemeinsam einen neuen Entwurf verhandeln.“ ■ PM

## KLARTEXT MIT PEER STEINBRÜCK



Kanzlerkandidat Peer Steinbrück ist im Rahmen seiner Länderreise durch Deutschland auch in Hessen. Dabei wird es eine Abendveranstaltung unter dem Motto „Klartext“ geben. Peer

Steinbrück stellte sich den Fragen der Bürgerinnen und Bürger. „Nutzt die Gelegenheit, dem Kanzlerkandidaten Vorschläge, Anregung und Kritik mit auf den Weg zu geben: Was muss in Deutschland besser werden? Was sind die Erwartungen an Peer Steinbrück und die SPD“, so die Einladung des Parteivorstands und Bezirks an Bürgerinnen und Bürger. Der Abend am 29. April in Offenbach gehört dem Austausch, dem Gespräch, dem gegenseitigen Zuhören. ■ OS





# 12 STUNDEN-REKORD-REDE

150 Jahre SPD: Jusos Limburg-Weilburg stellen historischen Rede-Rekord ein

**B**is heute hält Otto Antrick den Rekord für die längste Rede, die je in einem deutschen Parlament gehalten wurde. Über 8 Stunden redete der Sozialdemokrat am 13. Dezember 1902 ohne Unterbrechung im Reichstag.

111 Jahre später stellten die Jusos und die SPD in Weilburg diesen Rekord nach. Anlass war das 150-jährige Parteijubiläum der SPD. Gegen 2:30 Uhr stand fest: Die Nachstellung des historischen Rede-Rekords war geglückt. Über 12 Stunden dauerte die Nachstellung bei der der komplette Wortlaut der Reichstags-Debatte originalgetreu vorgetragen wurde.

Mehr als die Hälfte der Redezeit kam dabei auf den Reichstagsabgeordneten Antrick. „Für mich ist das kein Spaß, für mich ist das eine Anstrengung, aber ich erfülle hier meine Pflicht“, hatte der Rekordredner erklärt. Weder hatte er inhaltlich Besonderes mitzuteilen, noch wollte er den politischen Gegner durch Argumente überzeugen, doch gelang es



Reden wie im Reichstag. Von 14.25 Uhr bis 4.38 Uhr.

ihm durch den Rede-Marathon die Abstimmung über die Erhöhung der Zollerichte zu verzögern.

An der Nachstellung Mitte März in Weilburg hatten neben den Jusos auch interessierte Gäste, SPD-Aktive und Kommunalpolitiker anderer Partei-

en teilgenommen und mitgewirkt. Um 14.25 Uhr hat Jochen Emmerich als Reichspräsident im Alten Rathaus die nachgestellte zwölfstündige Redeschlacht eröffnet. Beendet wurde die Debatte am frühen Morgen um 4.38 Uhr.

■ PM, IN

## RÜCKKEHR ZU G8 UND „ECHTE INKLUSION“

Christoph Degen führt weiter die Arbeitsgemeinschaft AfB



AfB-Vorsitzender Christoph Degen (sitzend).

**D**ie Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) Hessen-Süd hat Ende März turnusgemäß im Rahmen ihrer Mitgliederversammlung ihren Vorstand neu gewählt. Dabei wurde der 33-jährige Förderschullehrer Christoph Degen in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt. Der ehemalige Landtagsabgeordnete aus dem Main-Kinzig-Kreis führt die AfB Hessen-Süd seit 2011. Ebenfalls wieder gewählt wurden seine Stellvertreter/innen Eberhardt Luft (Darm-

stadt) und Hannah de Graauw-Rusch (Frankfurt) sowie Dr. Hans-Jochen Schild (Maintal) als Schriftführer.

Als Gastreferentin konnten die Bildungsexperten der SPD Gabriele Zimmerer, Landesvorsitzende der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule, begrüßen. Zimmerer stellte Möglichkeiten der Schulentwicklung hin zu längerem gemeinsamen Lernen vor. Sie betonte die übergreifende Bedeutung der Inklusion, die das gesamte Schulwesen letztendlich verändere. Die Umsetzung der Inklusion müsse einer der Schwerpunkte der hessischen SPD nach der Regierungsübernahme in Hessen ab 2014 werden, so der Vorsitzende Christoph Degen. Individuelle Förderung müsse zudem ausgebaut werden.

Anstelle des so genannten Turbo-Abiturs, das gerade in der Phase der Pubertät Lernzeit nehme, müsse flächendeckend wieder die sechsjährige Mittelstufe treten. Eine unechte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 in der Mit-

telstufe lehnt die AfB Hessen-Süd ab. „Wir brauchen vielmehr Wahlmöglichkeiten, die an allen Schulen umsetzbar sind und sich an einheitlichen Kompetenzstandards orientieren“, so Christoph Degen weiter.

Klare Worte richtete die AfB auch in Richtung der Schulverwaltung. „Der selbstständigen Schule muss für ihre Arbeit ein effizientes Unterstützungssystem zur Seite gestellt werden. Daher wird das ineffektive Landesschulamt aufgelöst und Institute und Schulaufsichtsbehörden wieder errichtet, die vor Ort kompetent Schule und Bildung unterstützen können.“ ■ PM

Als weitere Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Harald Achilles (Kreis Offenbach), Kerstin Geis (Kreis Groß-Gerau), Jobst Krautheim (Gießen), Günther Häfner (Frankfurt), Mehmet Kuscu (Hanau), Philipp Thoma (Kreis Bergstraße), Anna Kristina Tanev (Offenbach), Martin Trautvetter (Kreis Groß-Gerau), Adnan Mrkanovic (Frankfurt), Guido Seelmann-Eggebert (Wiesbaden), Marina Ulfikowski-Martin (Wetteraukreis) und Barbara Ludwig (Kreis Darmstadt-Dieburg).

### TERMINE

#### 150 Jahre SPD (Auswahl)

3. Mai, 19 Uhr

Festveranstaltung der SPD Vogelsberg. Festredner ist Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster (Uni Gießen). Titel „Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - 150 Jahre SPD“. Kulturhaus im Rambachhaus, Alsfeld

23. Mai, 19 Uhr

Vortrag der SPD Mühlthal von Gernot Scior: „Lassalle und die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.“ Bürgerzentrum, Nieder-Ramstadt

25. Mai, 19 Uhr

Feierstunde „150 Jahre SPD“ der SPD Lahn-Dill mit Thorsten Schäfer-Gümbel Stadthalle, Wetzlar

Weitere Termine zum Parteijubiläum auf [www.spd-hessensued.de](http://www.spd-hessensued.de)

#### FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG HESSEN

29.4. Politischer Club Wetzlar – Wohlstand ist nicht gleich Wachstum, Wetzlar

13.5.-24.5. Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ Ober-Ramstadt

16.5. Junge, warum hast du nichts gelernt? – Fachveranstaltung zur hessischen Ausbildungssituation, Kassel

Weitere Infos und Anmeldung: Landesbüro Hessen, Tel.: 06 11/ 34 14 15-0, E-Mail: [landesbuero.hessen@fes.de](mailto:landesbuero.hessen@fes.de) oder Internet [www.fes.de/hessen](http://www.fes.de/hessen)